Protokoll

Leipzig, den 5. 12.89, 8.50 Uhr Beginn

anwesend: Generalleutnant Hummitzsch (GL H.)
Oberst Müller
Staatsanwalt Kurzke
Staatsanwalt Arlt
sowie Bürger der Stadt Leipzig

- Anforderung von ADN, Sender Leipzig und Presse (Lokal-)

- Gustav-Mahler-Str. und Hans-Driesch-Str. hat Aktenvernichtung stattgefunden, Welche Maßnahmen leitet Staatsanwalt Kurzke ein?

- GL H. erklärt: "Getroffene Maßnahmen wurden informativ weitervermittelt an Modrow und Maleuda. Bei Verletzung von Dienstgeheimnissen durch Mitarbeiter besteht Rechenschaftspflicht. Information an General Schwanitz ist erfolgt, sofern von dort keine Rückmeldung, werden weitere Aktivitäten im Sinne der Sicherheit behindert.

- BK: "In unserem Interesse liegt die Information an den Untersuchungsausschuß Töpplitz, Öffentlichkeitsarbeit und Einbeziehung von Leipziger Persönlichkeiten aus moralischen Gründen. Rechtsbeistand wird angefordert.

- Das Amt untersteht dem Ministerpräsidenten und ein weiteres Vorgehen kann nur von dort erfolgen.
Es ist keine Zeitgrenze in der Entscheidungsfindung von Herrn Modrow bekannt. Bei 2 Objekten besteht dringendes Handlungsgebot, da Aktenvernichtung in Hans-Driesch-Str., linker leer, rechter Ofen voller Papierasche um 20.15 Uhr, obwohl der Heizer 17.00 Uhr Arbeitsschluß hat und diese Verbrennungen nicht durch ihn erfolgten.

BK:
"Herr Staatsanwalt: Welche Aktivitäten halten sie für notwendig sofort einzuleiten, um Handlungsfähigkeit zu ermöglichen?"

z. B. : Sicherung des Objektes

- ein weiteres Vorgehen wird nur von Modrow entschieden. Der Militärstaatsanwaltuwurde gegen 7.30 Uhr durch Herrn Kurzke informiert. Kurzke: "Der Staatsanwalt ist verantwortlich zur Untersuchung von Straftaten gegen Bürger, jedoch für das Problem der Aktenvernichtung erklärt er sich zur Sicherung vor Ort bereit, durch Petschierung von Räumlichkeiten und Schränken. Weitere Aktivitäten sind nur durch den Ministerrat möglich.Welche Absichten hat das Bürgerforum?"

- Antwort: "Wir haben keine regionalen Ziele, die Arbeitsfreiheit des Amtes muß zurückgestellt werden, bis Ministerrat eine Antwort gibt."

- GL H.: "Beide Militärstaatsanwälte des MB 3 befinden außerhalb des Bezirkes und können nicht zugeteilt werden. Ich muß Sie aufmerksam machen, daß es zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit des ANS kommen kann. Gegen mittag wird ein Vertreter der Regierung eintreffen."

- Gen. Eppisch trifft ein.
  Den Medien wird der Zugang nicht verwehrt.

- BK: "Wir verlangen keine direkte Einsxicht in Geheimnisse. Eine inhaltliche Prüfung von Beweismaterial ist durch eine autorisierte Kommission erforderlich. Einsicht in Akten durch uns kann nicht bestehen."

- GL H!: Der Leiter des Amtes Berlin hat gestern nachmittag eine Aktenvernichtung befehlmäßig unterbinden lassen."

- BK: "Gustav-Mahler-Str.: leere Schreibtische und leere Panzerschränke, das Archiv ist leer, gefunden wurden nur ca. 20 Jahre alte Unterlagen persönlichen und kirchlichen Briefverkehres. Wie verhält sich dies mit dernAnweisung des Amtsleiters?"

- GL H.: "Das ehemalige MfS wird neu strukturiert, eine Lösung von veralteter und falscher Sicherheitsdoktrin, Aufgeschlossenheit für neue, bürgernahe Strukturen, ein Gesetz über staatliche und öffentliche Ordnung ist in Arbeit, worin verankert werden soll, von was sich das ehemalige MfS vom ANS unterscheiden soll. Reduzierte Aufgaben bringen erhebliche Einschränkungen von Mitarbeitern mit sich. Ab 15.12.1989 ist eine Arbeitskräftelösung geplant.

- Frage: "Herr Hummitzsch! Sie sind Leiter der Verwaltung der Behörde. Haben Sie Einblick in alle Geschäfte des MfS gehabt?"

  Antwort: "Ja."

  Frage: "Sie haben eine persönliche Wende vollzogen. Was haben Sie unternommen, um Aktenvernichtungen vorzubeugen?"

  Antwort: "Im Amt existierte Schulungsmaterial, welches unter den heutigen Gesichtspunkten als Makulatur zu betrachten ist und wir haben uns davon durch Aktenvernichtung getrennt. Ich antworte hier nicht weiter darauf.
  Ab 1. 4. 90 wird der Gebäudekomplex "Altbau" geräumt, und dem Rat der Stadt Leipzig bereitgestellt.
  Der Neubau enthält Regierungsnachrichtenverbindungen und eine Umsetzung dieser Technologie ist ökonomisch nicht vertretbar. Über Kassation und Aufbewahrung

von altem Schriftgut haben die Abteilungsleiter im Amt selbst zu entscheiden. Akten, welche uns nicht für wichtig erscheinen, werden vernichtet. Nicht jedoch durch Verbrennung, das ist bei uns nicht üblich. Die ausscheidenden Mitarbeiter des ANS werden auch vorerst noch vom ANS bezahlt."

Frage: "Herr General! Ist mit gemeint, das alte über Bord werfen, die Aufarbeitung der Akten. Wenn Sie sagen, Verbrennung sei verboten, warum treten diese immer noch auf, und was haben Sie dagegen unternommen? Ist es zu verstehen, daß die Aktenvernichtung dem Ermessensspielraum des jeweiligen Leiter obliegt?"

GL H.: "Es gibt Dienstvorschriften, über die ich keine Auskunft geben kann, wie lange und was z. B. über welchen Zeitraum gelagert werden muß, um dann vernichtet zu werden. Das ANS dient der Aufklärung und der Tag wird kommen, wo die ganze Arbeit umsonst war und da werden die Arbeiten eben vernichtet, nicht verbrannt. Wenn Sie so lange im Amt arbeiten wie ich, werden sie feststellen, daß man sich nicht in 4 bis 8 Wochen wandeln kann. Als die Frage meines Rücktrittes bestand, erklärte ich mich dafür, bereit zu sein. Ich würde das neue Amt jedoch mitgestalten, solange, wie ich gebraucht werde, auch wenn es schwer sein wird. Ich habe mir nichts vorzuwerfen. Ich bin über 60 Jahre alt und trage die Entscheidung, mein Amt niederzulegen, wenn dies an der Tagesordnung stehen sollte."

Herr Scheibler: "Unser Ziel ist die Bewahrung nationaler Interessen, welche wir durch Amtsmißbrauch in akuter Gefahr sehen. Wir wollen die Gründe und Tätigkeiten des Entstehens von Amtsmißbrauch, wie z. B. die Übergriffe auf die Bevölkerung, offenlegen. Durch die Offenheit der neuen Ziele des Sicherheitsapparates ist ein demokratischer Aufbruch des MfS dem Volk verständlich zu machen. Durch Ladung der Pressevertreter verlangen wir Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen eine Trennung der jetzigen Aufgaben von MfS gegenüber ANS in der Aufgabe nationaler Sicherheit und der Darlegung der Tätigkeiten innerer Observationen. Ich fordere Entbindung von Schweigepflichten in Hinblick auf innere Observationstätigkeiten. Sind wirklich Anordnungen erfolgt, welche es nicht ermöglichten, daß aktuelle Akten nicht in den Vernichtungsprozeß einbezogen wurden."

GL H.: "Ich möchte Sie bitten, daß ich mich dazu erst äußere, wenn der staatliche Vertreter da ist und mich von meiner Schweigepflicht entbindet. Schriftgut GVS darf nur vernichtet werden, wenn es gegenstandslos geworden ist. Gegenstandslos sind insofern Akten in Bezug auf eingestellte Tätigkeiten des MfS. Es wird jedoch 1 Exemplar an die Leitung zurückgegeben."

Frage: "Haben wir mögliche Räume mit zu sichtenden Akten übersehen?"

GL H.: "Ich habe keinen Überblick darüber, was von Ihnen petschiert wurde."

- Befinden wir uns in der Lage, eine Kommission zu bilden, welche arbeitsfähig sein kann?

- Vertreter von Presse und Rundfunk sowie Herr Magirius und kirchliche Vertreter sind eingetroffen.

Herr Magirius: "Die Persönlichkeiten der Stadt Leipzig wollen sich als Beobachter und Begleiter anerkannt sehen und Hilfestellung leisten. Den DDR-Medien ist es selbst überlassen zu entscheiden, ob sie teilnehmen wollen oder nicht. Es muß die Möglichkeit bestehen, daß Sachverständige nachträglich kooptiert werden können. Ich empfehle einen Rechtsanwalt als beratendes Gremium. Verstehen sich die anwesenden Mitarbeiter des ANS als Mitarbeiter dieser Kommission?"

Wir wollen einen Konsens finden und die Regierung sollkklären, ob die Mitarbeiter des ANS in der Bürgerkommission mitarbeiten dürfen.

- Eine Verbindung zum Kollegium der Rechtsanwälte ist herzustellen!

Sächs. T.: "Die Presse möchte Zugang zu Informationen haben, aber keine Mitarbeit in die Kommission einbringen."

Herr Scheible: "Welchen rechtlichen Status sollen die Mitglieder der Kommission besitzen? Kann z. B. rechtlich gegen Aussagen von Mitgliedern der Kommission vorgegangen werden? Kann unsere Arbeit als gesellschaftliche Arbeit angesehen werden, in Hinblich auf Freistellung von der Arbeit?"

Herr Hummitzsch nicht.

? "Gesellschaftliche Tätigkeit, welche in vergangener Zeit recht unfruchtbar gewesen ist, ist doch ist doch in unserer Arbeit der hier anwesenden Kommissionsmitglieder in dieser Zeit des Umbruches weitaus fruchtbarer und sollte unterstützt werden."

Staatsanwalt Kurzke: "Wir haben hier eigentlich nichts zu suchen. Wir er-

klären, daß wir auch bloß zentral geleitet sind und keine weiteren Aktivitäten durchführen können. Wir danken für das Vertrauensvotum zur Sicherung des Objektes. Ich erkläre, daß von meiner Seite keinen rechtlichen Schritte eingeleitet werden, wenn in der Kommission Äußerungen entstehen, welche definitiv nicht richtig sind. Wenn ein Bürger in der Öffentlichkeit jedoch denunziert wird, hat er das Recht auf Strafanzeige. Unsachliche Krdtik zähle ich jedoch nicht unter Denunzierung."

Herr Kleinert: "Die gestrige Situation war operativ entstanden. Wir bekamen Meldungen über Ereignisse in Erfurt über Tätigkeiten zur Aktenvernichtung . Es bestand die akute Gefahr, einer Radikalisierung der Montags-Demo und aus diesem Grund haben wir den Bezirksstaatsanwalt informiert, und uns bereit erklärt, im Namen des Volkes die Akten zu sichern, um radikale Ausschreitungen zu verhindern. Eine Kommission von zunächst 5 Personen nahmen Aktivitäten zur Sicherung vor, mit der Forderung der Installation einer Lautsprecheranlage zur Beschwichtigung der Demonstanten. Unter Absprache mit Oberst Eppisch wurde durch 30 Bürger eine Öffentlichkeit gebildet, welche Zutritt zum ANS hatte und die Sicherung von Beweismaterial übernahm."

Staatsanwalt Kurzke: "Wie soll sich die Kommission zusammensetzen, wer representiert sie und eine Auswahl von Personen soll nicht dem Zufall überlassen werden."

GL H.: "Die Presenz der westlichen Medien am gestrigen Abend ließ Vermutungen zur Gefährdung der Sicherheit zu. Weiterhin trug das explodieren von Feuerwerkskörpern auf dem Innenhof zu einer gespannten Situation der Sicherheitskräfte bei."

Eine Meldung aus Leutzsch (Telefon)

- Hinhaltetaktik in der Hans-Driesch-Str.
- starke Behinderung von Sicherungsmaßnahmen
- Entdeckung von 2 weiteren Heizungsanlagen mit Bergen von gehexeltem Papier
- ein Hinterausgang mit frischen Multikarspuren wurde entdeckt
- keine Hilfsbereitschaft von seiten der Mitarbeiter des Amtes

Rechtsanwalt Knupp ist eingetroffen

GL H.: " Ich wiederhole, daß ich keine Anweisung zur Verbrennung von Akten gegeben habe, Berge von gehexeltem Papier, welche uns belasten und nicht mehr benötigt werden ... (Ende). Ich fordere festzustellen, daß es meine erste Initiative war, Herrn Staatsanwalt Kurzke aufzufordern, hier zu erscheinen."

BK: "Herr Schnur hatte nur zeitweise die Leitung der Kommission inne. Eine neue Leitung muß erst konstituiert werden. Wir bitten Herrn Magirius mit der Übernahme der Gesprächsleitung und beauftragen ihn mit der Konstitution der Kommission (11.00Uhr)"

Rechtsanwalt Knupp: "Es besteht dringend der Verdacht der Verschleierung von Informationen und Beweismaterial. Es gibt kein Gesetz, was die Bildung von Bürgerinitiativen untersagt. Eine rechtliche Grundlage dafür gibt es jedoch auch nicht. Am 8. Dez. wird ein Untersuchungsausschuß im Rat der Stadt gebildet. Eine absolute Legitimation unserer Tätigkeiten ist bereits durch unsere Bürgerpflicht ausreichend gegeben. Feindseligkeit untereinander sollte unbedingt vermieden werden. Ich habe meinen Mitarbeiter Dipl.-Juristen Herrn Simon mitgebracht."

GL H.: "Seit dem Vormittag ist eine Anweisung der Leitung ergangen, daß Aktentransporte und Vernichtungen sofort einzustellen sind. Petschaften sind nicht zu verletzen."

- Mitglieder der Kommission siehe Liste; als Schriftführer benannt: Thomas Petri und Frank Deichmann
- 12.20 Uhr wird angemerkt: ein Regierungsvertreter ist unterwegs
- Bedenken aus der Bevölkerung: Aktenvernichtung im SED und FDGB verhindern
- Hans-Driesch-Str.: leere Aktenschränke und Verbrennungsrückstände in Öfen
- Auflisten aller Kreis- und Bezirksobjekte des ANS gefordert
- Zugang zu allen Räumen ermöglichen
- Begehung von EDV-Anlagen und Kontrollen elektronischer Kommunikationsinstrumente und Filmmaterial gefordert
- Werden Mitarbeiter mit Devisen bezahlt?
- Ist Staatsanwalt Kurzke vertrauenswürdig? Sollte er Räume petschieren, wenn er mit Mitarbeitern des ANS per "Du" ist?
- Mißtrauensantrag an Petschaften des Herrn Staatsanwalt.
- Besichtigungsmöglichkeiten des vorhandenen Archivmaterials

Anmerkung:

Gegen Mittag sollte ein Vertreter der Regierung eintreffen - es ist bereits 12.45 Uhr. Es wird vorgeschlagen, über die hauseigene Telfonanlage eine Verbindung mit der Regierung Modrow herzustellen. Herr Kleinert wird damit beauftragt.

Staatsanwalt Kurzke: "Ich kann nur legitimiert werden, wenn Anzeigen vorliegen."

Ergebnis des Telefonats:

Minister Ahrendt teilt mit, daß ein Generalmajor Simon seit 12.45 Uhr von Berlin aus unterwegs ist.

- Herr Hummitzsch wird gebeten, Kontakt aufzunehmen mit der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, um kompetente Bürger mit Vollmachten auszustatten
- Ein Mitarbeiter des ANS meinte, er sitze hier nur unnötig herum. Kirchenvertreter Riedel darauf: "Ich protestiere durch diesen Ausdruck von Ignoranz, hier unnötig herumzusitzen, es geht doch um unser Land." Der Mitarbeiter berichtigte sich, er meine untätig, im Sinne, daß praktisch nichts passieren würde. Wir müßten konstruktiv voran gehen.

Anmerkung:

Die seit 8.00 Uhr angeforderten Grundrißpläne des Hauses liegen noch immer nicht vor.

05.12.89

472211

BRB

Ergänzungsprotokoll - Bürgerrechtsbewegung zur Besetzung der Stasi

---

Vorschläge zur Untersuchung - siehe Sofortforderung des Volkskontrollkommitees

Ergebnisse des Rundgangs mit Mängeln

Gruppe 1 : ZI 1 - Sieg gebrochen

Gruppe 2: - Heizzentrale kein Zugang
014 Komplexe nicht einsehbar 624

Bericht des Kontrollierenden

Kreisamt Leipzig-Stadt

- Leiter Oberst Schmidt hat Sicherung zugesichert
- hohe Menge von Akten vernichtet
- kein Zugang zu den Tressoren
- privates Siegel verwehrt

Zi. 012 wird 16.25 Uhr geöffnet, wegen Gehhilfen von Angehörigen und mit dem Siegel der BRB petschiert.

16.32 Uhr Peter Rosentreter erscheint im Sekretariat des Ministers. Nach der Frage der Unterschrift beantwortete der entsandte Vertreter "mein Vorgesetzter".

- Anfrage des Herrn Magirius
nach langem Anfahrtsweg des Herrn Rosentreterund Jurist Lehmann
Abfahrt: 12.30 Uhr Ankunft: 16.30 Uhr

  - Recht und Gesetz sollen weiter gelten
  - konkrete Untersuchungen sollen folgen

  Ordnung und Sicherheit ist jetzt 17.00 Uhr echt gefragt, da nur Hinhaltetaktik bis jetzt betrieben wurde.

Staatsanwalt:

" Es gibt keinen dringenden Staftatverdacht" - deshalb keine Stafanzeige

Unterstellungsverhältnis stellen fragliche Personen wie der Staatsanwalt selbst in Frage

Oberst Köcher ist angewiesen, nach Leipzig zu kommen

- Stafanzeige gegen Oberst Schmidt wegen Verdunklung gefordert

- Beweise sind vorhanden

- OSL Körne

- ultimative Forderung der Bürgerinitiative

- Stafanzeige gegen Objekt Leutzsch wegen Verdacht von Vernichtung von Akten usw.

- Generalmajor Simon 17.13 Uhr trifft ein

- Teilnehmerzahl wird reduziert

- Erklärung von sofortig angeordneten nicht begehbaren Räumen

H. Simon: Erklärt, daß er vollständig zur Klärung zur Verfügung steht.

Staatsanwalt erklärt die schwierigen Kompetenzfragen und Anbringung von Siegel, obhin keine Kompetenzen seinerseits dazu da sind. Zuständig ist allein der Militärstaatsanwalt. Oberprüfung der Verdunklungsgefahr durch vorhandene Aufzeichnungen (Ton) des ganzen Tages.

Kollegium : Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit stellv.

Anzeige gegen Oberst Kurze wegen Verdunklungsgefahr

H. Hummitzsch: Kollegium ist bei Amtsübernahme nicht bekanntgeworden.

- Einsatz der VP zur Sicherung der Objekte mit Kriminalisten

<u>Objekte:</u> 1. Dittrichring
2. Leutzsch
3. Rathenaustr. Unterkunft für Wache
4. Beethovenstr.
5. Friedrich-Ebert-Str. / Gustav-Mahler-Str.
6. Käthe-Kollwitz-Str.
7. Messegelände 7.11 und Kreisämter

Frage nach Objekt Lübschützer Teiche (Nationale Verteidigung)
Keine Waffen, keine Schriften
Video-Material bei der Anwaltschaft?
bei BDVP?

- Versiegelung sämtlicher Objekte angeordnet auf Wunsch des Bürgerkomitees durch VP bewacht
- VP-Uniformen sollen im Objekt Dittrichring lagern Lübschützer Teiche wird durch Staatsanwalt petschiert
- bestimmtes Schriftgut wurde bestimmten zentralen Stellen zugeführt
- Überwachung an der Nikolaikirche mit zwei Monitoren <u>ohne Aufzeichnungen.</u> Vieles wird nach Aufnahme gelöscht - bei tragbaren Geräten.
- Gen. Generalleutnant Hummitzsch legt bei persönlichen Kontrollen sein Amt nieder

  Beschluß Nr. 1 wurde einstimmig angenommen.
  (vor dem Abendbrot)

- Einschränkung des Personenkreises

  Oberst Pechelt wird Strafprozesse erläutern im Militärbezirk Dresden bis Suhl und ist kompetentes Untersuchungsorgan für Straftaten der bewaffneten Organe (MfS, Grenztruppen, NVA)

- Anfrage auf Entbindung der Schweigepflicht des Herrn Hummitzsch

  § 245 - Verletzung von Staatsgeheimnissen?

- Protokolle der Anzeigen sollen als Duplikat der Bürgerrechtgruppe
- Aufstellen der Bereiche, welche versiegelt werden müssen
- keine endgültige Klarheit über die Weiterarbeit des MfS
- Statut von 1950 als bisherige Arbeitsgrundlage
- Einteilung von 3 Kategorien an Hand des Lageplanes des Hauses zur entsprechenden Petschierung
- Über SED-, FDGB-Objekte werden extra Kommissionen gebildet (Punkt gestrichen)
- zentrale EDV-Anlagen gibt es nicht
- nach der Frage, ob es EDV gibt (Personendatenbank) äußerte er "damit bis ich überfragt"

- Frag-e nach Verfügung über Computerbenutzung an Herrn Hummitzsch - Antwort: ja

- Verfügt das Kreisamt über Computerterminals? Antwort: "mir nicht bekannt"

- In den Kreisämtern gibt es keine Computer. Generalleutnant Hummitzsch läßt prüfen, inwieweit Material noch vorhanden ist.

Antrag

- Anfragen im Einzelfall sollen insbesondere die Mitarbeiter aussagen, wessen Diensträume schon geräumt würden.

- Aufhebung von Geheimhaltungen in bestimmten Fälllen

- auf chemische und bakteriologische Waffen (Entaktivierung) Gasmasken prüfen

- Offenlegung an einen zur Geheimhaltung verpflichteten Personenkreis

- während der Tagung der Kommission verließen mehrere Personen das Gebäude mit größeren Behältnissen (Koffer u. ä.)

- Keine Notwendigkeit mehr für eine eigene Strafanstalt des Amtes für Nationale Sicherheit

sowie Besichtigung der Haftanstalt gestattet.

Beschluß

- 2 Inhaftierte sind nochtvorhanden in der Strafanstalt

- Begehung der Haftanstalt durch gewählte Personen des Bürgerrechtskommitees

- Begehung der Höfe und äußerer Einrichtungen des Gebäudes Dittrichring

- Messehalle 7.11. wird kein Zutritt gewährt

-

Vorschlag

Veröffentlichung der Ergebnisse der Strafanträge durch den Genralstaatsanwalt.
Neue Kommission kommt 8.00 Uhr am 6. 12. zusammen.

Aufforderung an den Staatsanwalt Kunze gegen den Oberst Kurze Anzeige zu erstatten.

Protokoll

Objekte: Dittrichring, Leutzsch, weiteres in Rathenaustr. in Leutzsch, Beethovenstr. Kreisämter (2 x in der Stadt), Messegelände Halle 7.11.

Beschluß

Wir beschließen: o. g. Objekte werden versiegelt und von der DVP gesichert.

Mitteilung: ab 00.00 Uhr vom 5.12. - 6.12.

Militärstaatsanwalt für den Süden der DDR anwesend (19.05 Uhr) erklärt Bereitschaft, zur Aufnahme von Anzeigen und ist bereit Fragen zu beantworten.

- Antrag: Anzeigenprotokoll - Durchschlag für das Bürgerkommitee

- Antrag zurückgestellt

- Forderungskatalog vorgelesen (19.25 Uhr)

- Anfrage und Beschluß über die farbliche Kennzeichnung von Räumlichkeiten unterschiedlichen Geheimhaltungsgrades auf einer Grundrißzeichnung